

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Ordnung und Stadtreinigung
Bearbeitet von: Oliver Schmidt / Sven Klein

Siegen, 04.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung **24.11.2022**

Kurzbezeichnung:

**Versammlungen nach Versammlungsgesetz in Siegen 2016 – 2022 |
Einbindung der örtlichen Ordnungsbehörde während der Corona-Pandemie**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung nimmt den Bericht über die quantitative Entwicklung der durchgeführten Versammlungen in Siegen Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Im Hoheitsgebiet der Stadt Siegen wurden im Zeitraum von 2016 bis einschließlich 06.10.2022 insgesamt 626 Versammlungen durchgeführt. Auf die einzelnen Jahre gliedern sich die durchgeführten Versammlungszahlen wie folgt:

Kalenderjahr	Durchgeführte Versammlungen
2016	32
2017	33
2018	52
2019	95
2020	113
2021	149
2022 (bis einschl. 06.10.2022)	152

Die Durchführung einer Versammlung nach Versammlungsgesetz obliegt in Nordrhein-Westfalen der Polizei, im Stadtgebiet Siegen der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein. Das Ordnungsamt und die Straßenverkehrsbehörde der Universitätsstadt Siegen werden

grundsätzlich über bevorstehende Versammlungen informiert. Sofern aus städtischer Sicht etwas gegen die Durchführung spricht, wird die Polizei informiert, um z.B. alternative Standorte mit den Versammlungsanmeldern abzustimmen.

Seit dem Jahr 2020 wurden die Ordnungsbehörden in ganz NRW im Zuge der Corona-Pandemie ebenfalls mit der Durchführbarkeit der Versammlungen mit eigenen Zuständigkeiten betraut. Auf Grundlage der jeweils aktuellen CoronaSchVO gaben die Ordnungsämter zunächst eine Stellungnahme ab, ob die geplanten Versammlungen bei den zum Zeitpunkt der geplanten Durchführung bestehenden Inzidenzen durchführbar waren, mit Einschränkungen durchführbar waren oder untersagt werden mussten.

Hierzu wurde seitens der Ordnungsbehörde regelmäßig das Gesundheitsamt des Kreises Siegen-Wittgenstein angehört. Sofern von Seiten des Gesundheitsamtes Bedenken gegen die Durchführung bestanden (zu viele Teilnehmer, zu enge Örtlichkeit [Mindestanstände], Demonstrationzug, dadurch kein Mindestabstand einhaltbar...), erteilte die Ordnungsbehörde Auflagen mittels einer Ordnungsverfügung oder sagte die Versammlungen mittels Ordnungsverfügung ab.

Im Verlauf der Pandemie wurde über die CoronaSchVO auch eine Maskenpflicht u.a. bei der Teilnahme an Versammlungen nach Versammlungsgesetz im Freien erlassen. Ab diesem Zeitpunkt mussten die anstehenden Versammlungen auch vor Ort durch die Ordnungsbehörden auf Einhaltung der Maskenpflicht begleitet und kontrolliert werden.

Da die Versammlungen zumeist nur wenige Tage vor der Durchführung bei der Versammlungsbehörde (Polizei) angemeldet wurden, gab es in Ermangelung entsprechender Empfehlungen oder Vorgaben von Seiten des Gesetzgebers erheblichen Zeitdruck auf Seiten der Ordnungsbehörden, um entsprechende Prüfungen durchzuführen sowie mit zusätzlich aufwändiger Personalstärke die Versammlungen zu begleiten und zu kontrollieren.

Bei größeren Versammlungslagen (wie z.B. den „Montagsdemos“) waren mindestens 6-8 Mitarbeiter des KOD sowie eine Innendienstkraft in der Leitstelle der Polizei als Verbindungsbeamter eingebunden. Diese Versammlungen fanden insbesondere in der Spätherbst- und Wintermonaten 2021 auf 2022 statt. Der zeitliche Umfang richtete sich stets nach der Dauer der angemeldeten Versammlung. Diese begannen in der Regel gegen späten Nachmittag /Abend. Vorab erfolgte eine Vorbesprechung sowie -falls erforderlich- auch eine Nachbesprechung von jeweils ca. 30 Minuten.

Die Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen CoronaSchVO bedeutete für die Ordnungsbehörden aufgrund der Vielzahl an möglichen Konstellationen (z.B. Mindestabstand musste nicht eingehalten werden bei Familienmitgliedern, Gruppen von bis zu 3, 5 oder 10 Personen waren in Ordnung [wer gehört zusammen, wer nicht], Datenerfassung der Teilnehmer, Maskenpflicht ab 25 teilnehmenden Personen) einen personellen Einsatz, der teilweise nur durch zusätzlichen freiwilligen Dienst durch das ohnehin in außerordentlichem Maße eingesetzte Personal erfüllt werden konnte.

Die CoronaSchVO hatte im Laufe der Zeit immer wieder unterschiedliche Vorgaben im Zusammenhang mit Versammlungen vorgeschrieben, die in der Praxis teilweise nicht kontrolliert werden konnten. Auszugsweise dazu:

CoronaSchVO vom 11.05.2020	<p>§ 13 Abs. 4 (Veranstaltungen und Versammlungen) Bei Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz ist die Gewährleistung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen sicherzustellen.</p>
CoronaSchVO vom 20.05.2020	<p>§ 13 Abs. 4 (Veranstaltungen und Versammlungen) Absatz 1 Nummer 2 gilt nicht für Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz; bei diesen ist die Gewährleistung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen, die nicht zu den in § 1 Absatz 2 genannten Gruppen (Familien, zwei häusliche Gemeinschaften usw.) gehören, sicherzustellen. Die nach dem Landesrecht für Schutzmaßnahmen nach § 28 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes zuständigen Behörden können in Abstimmung mit der Versammlungsbehörde weitergehende Schutzmaßnahmen anordnen.</p>
CoronaSchVO vom 30.05.2020	<p>§ 13 Abs. 4 (Veranstaltungen und Versammlungen) Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 gilt nicht für Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz; bei diesen ist die Gewährleistung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen, die nicht zu den in § 1 Absatz 2 genannten Gruppen gehören, sicherzustellen. Die nach dem Landesrecht für Schutzmaßnahmen nach § 28 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes zuständigen Behörden können in Abstimmung mit der Versammlungsbehörde weitergehende Schutzmaßnahmen anordnen.</p> <p>§ 1 Abs. 2 (Verhaltenspflichten im öffentlichen Raum, Personengruppen) Mehrere Personen dürfen im öffentlichen Raum nur zusammentreffen, wenn es sich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ausschließlich um Verwandte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, 2. ausschließlich um Personen aus maximal zwei verschiedenen häuslichen Gemeinschaften, 3. um die Begleitung minderjähriger und unterstützungsbedürftiger Personen, 4. um zwingend notwendige Zusammenkünfte aus betreuungsrelevanten Gründen oder 5. in allen übrigen Fällen um eine Gruppe von höchstens zehn Personen handelt. <p>Satz 1 Nummer 1 und 3 bis 5 gilt unabhängig davon, ob die Betroffenen in häuslicher Gemeinschaft leben; Umgangsrechte sind uneingeschränkt zu beachten.</p>
CoronaSchVO vom 10.11.2020	<p>§ 13 Abs. 2 Nr. 1 (Veranstaltungen und Versammlungen) (2) Abweichend von Absatz 1 sind unter Beachtung der Regelungen der §§ 2 bis 4a zulässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz <p>§ 2 Abs. 1 (Mindestabstand, Kontaktbeschränkungen) Im öffentlichen Raum ist zu allen anderen Personen grundsätzlich ein Mindestabstand von 1,5 Metern (Mindestabstand) einzuhalten, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist oder die Einhaltung des Mindestabstands aus medi-</p>

	<p>zinischen, rechtlichen, ethischen oder baulichen Gründen nicht möglich ist. Im öffentlichen Raum ist ein Zusammentreffen von Personen nur zulässig, wenn nach den nachfolgenden Regelungen der Mindestabstand unterschritten werden darf oder wenn das Zusammentreffen nach anderen Vorschriften dieser Verordnung unter Wahrung des Mindestabstands ausdrücklich zulässig ist.</p> <p>§ 3 Abs. 2 Nr. 6 (Alltagsmasken) Die Verpflichtung zum Tragen einer Alltagsmaske besteht unabhängig von der Einhaltung eines Mindestabstands</p> <p>6. bei den nach dieser Verordnung ausnahmsweise zulässigen Zusammenkünften, Versammlungen und Veranstaltungen in geschlossenen Räumen und bei einer Teilnehmerzahl von mehr als 25 Personen unter freiem Himmel.</p>
CoronaSchVO vom 16.12.2020	<p>§ 13 Abs. 2 Nr. 1 (Veranstaltungen und Versammlungen) Abweichend von Absatz 1 sind unter Beachtung der Regelungen der §§ 2 bis 4a zulässig</p> <p>1. Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz, außer am 31. Dezember 2020 und am 1. Januar 2021</p>
CoronaSchVO vom 21.06.2021	<p>§ 18 Abs. 2 Nr. 1 (Veranstaltungen und Versammlungen) In Kreisen und kreisfreien Städten der Inzidenzstufe 3 sind nur zulässig:</p> <p>1. Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz</p>
CoronaSchVO vom 24.11.2021	<p>§ 4 Abs. 1 Nr. 1 (Zugangsbeschränkungen, Testpflicht) Die folgenden Einrichtungen, Angebote und Tätigkeiten dürfen aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse über die in § 1 Absatz 3 genannten Faktoren nur noch von immunisierten oder getesteten Personen in Anspruch genommen, besucht oder als Teilnehmenden ausgeübt werden</p> <p>1. Versammlungen im Sinne von Artikel 8 des Grundgesetzes im öffentlichen Raum in Innenräumen, wobei diese Versammlungen mindestens zwei Tage vorher, spätestens aber zu Beginn der Versammlung bei der nach § 5 zuständigen Behörde anzuzeigen sind und der weitere Umgang mit den bei der zuständigen Behörde nach § 5 angefallenen Anmeldedaten deren Übermittlung, Speicherung oder Verwendung durch die Versammlungsbehörde nicht umfasst, sowie im Freien bei gleichzeitig mehr als 2 500 Teilnehmenden unter Ausnahme von solchen Versammlungen im Freien, bei denen voraussichtlich die Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern sichergestellt ist.</p>

Die Ordnungsverfügungen des Ordnungsamts wurden oftmals vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg beklagt. Entsprechende Stellungnahmen und Klageerwiderungen wurden seitens der Stadt Siegen vorgenommen, in denen mitgeteilt wurde, dass insbesondere die Einhaltung der Mindestabstände nicht sichergestellt werden kann. Aufgrund des hohen grundge-

setzunglich verankerten Schutzgutes der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 GG wurden hier nahezu 90 % der Verfahren zugunsten der Kläger entschieden.

Dem Ausschuss wird die oben dargestellte Fallzahlenentwicklung und der damit entstehende Aufwand zur Kenntnis gegeben. Im Zeitraum von April 2020 – November 2022 wurden darüber hinaus ca. 60 CoronaSchVO`en nicht nur umgesetzt, sondern insbesondere versucht, die jeweiligen Regelungen vor Ort mit den Betroffenen in möglichst akzeptanzschaffender Art und Weise zu erörtern.

Seit Frühling 2022 wurden viele Maßnahmen in der CoronaSchVO wieder gelockert. U.a. die Verpflichtung zum Tragen einer Maske entfiel. Seit diesem Zeitpunkt werden die Ordnungsbehörden – wie vor der Corona Pandemie – über anstehende Versammlungen wieder (nur) informiert. Ob es im Laufe des Herbstes/Winters 2022/2023 erneut zu einer Einbindung der Ordnungsämter bei Versammlungslagen kommen wird, wird sich zeigen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

Im Auftrag

gez.

Arne Fries
Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.